



**Liebe Leser\*innen,**

hinter uns liegt ein ereignisreiches und herausforderndes Jahr. Doch wieder einmal hat sich gezeigt, dass unser Verband eine starke Gemeinschaft ist, die niemanden zurücklässt. Gerade in schwierigen Momenten hält die SoVD-Familie zusammen und handelt entschlossen. Wir setzen deutliche Zeichen und werden von Politik, Medien und Öffentlichkeit wahrgenommen. Ich denke etwa an unseren Einsatz für eine Inflationsausgleichsprämie für Rentner\*innen. Über 200.000 unterstützende Unterschriften haben wir im Sommer an den Ministerpräsidenten Stephan Weil übergeben und uns im Herbst mit einem breiten Bündnis an einer Kundgebung in Berlin beteiligt. Mit unserer starken Stimme als größter Sozialverband in Niedersachsen tragen wir die Interessen unserer Mitglieder hartnäckig nach draußen.

Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen haben wir uns in diesem Jahr

auch besonders intensiv für die Stärkung demokratischer Werte engagiert. Wir haben uns an Protestaktionen gegen Rechtsextremismus beteiligt und Veranstaltungen und Diskussionsrunden zum Thema Demokratie durchgeführt. Wir sind davon überzeugt: Der gesellschaftliche Zusammenhalt und der Einsatz für ein friedliches und tolerantes Miteinander sind und bleiben gerade jetzt wichtig.

Ich möchte mich herzlich bei Ihnen allen bedanken – bei unseren Mitgliedern, unseren ehrenamtlich Aktiven und allen anderen Mitstreiter\*innen, die mit ihrem Engagement und ihrer Solidarität den SoVD tragen. Dass wir so sichtbar und einflussreich sind, ist Ihr aller Verdienst!

Zum Jahresausklang wünsche ich Ihnen wundervolle Feiertage, Gesundheit, Zufriedenheit und einen guten Start in das neue Jahr. Lassen Sie uns mit Zuversicht und Tatkraft in die Zukunft blicken – für eine starke Gemeinschaft in Niedersachsen!

Ihr

Dirk Swinke  
Vorstandsvorsitzender  
SoVD Niedersachsen

SoVD zum internationalen Tag der Menschen mit Behinderung

**Inklusion leben statt freikaufen**

**Obwohl in Niedersachsen fast 60.000 Fachkräfte fehlen, beschäftigen Unternehmen noch immer viel zu wenige Menschen mit Behinderung. Das kritisiert der SoVD in Niedersachsen anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember scharf und fordert nicht nur eine höhere Ausgleichsabgabe, sondern insgesamt mehr Engagement seitens der Wirtschaft beim Thema Inklusion.**

Unternehmen sind verpflichtet, fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Menschen mit Behinderung zu besetzen. Tun sie dies nicht, müssen sie eine sogenannte Ausgleichsabgabe zahlen, die je nach Unternehmensgröße 140 bis 720 Euro im Monat beträgt. „Trotz dieser Abgabe erfüllen nur 37 Prozent der niedersächsischen Unternehmen die Quote und nutzen so das Potenzial von Menschen mit Behinderung“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, und ergänzt: „Für uns zeigt das ganz deutlich, dass die Abgabe noch nicht hoch genug ist. Sie muss verdoppelt werden.“ Seiner Ansicht nach können Barrieren nur abgebaut werden, wenn Arbeitgeber\*innen Erfahrungen mit Menschen mit Behinderung machen und so Vorurteile abgebaut werden.

„Bislang kaufen sich viele Unternehmen durch die Zahlung der Ausgleichsabgabe frei. Das muss verhindert werden. Dadurch, dass Menschen mit Behinderung oft außen vor gelassen werden, gehen dem Ar-

beitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte verloren“, betont Swinke. Das sei gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ein fataler Fehler.

Der SoVD weist aber auch darauf hin, dass sich gleichberechtigte Teilhabe nicht nur durch finanzielle Zahlungen erreichen lässt. „Vielmehr muss sich in den Köpfen der Arbeitgeber\*innen etwas ver-

ändern. Sie müssen Menschen mit Behinderung als Beschäftigte mit unverzichtbaren Qualifikationen wahrnehmen“, so der Vorstandsvorsitzende weiter. So seien bessere Beratungsangebote für Unternehmen, die Menschen mit Behinderung einstellen möchten, dringend notwendig. „Nur dann kann Inklusion gelingen“, ist sich Swinke sicher.



Foto: Marcos / Adobe Stock

**Für eine inklusive Arbeitswelt müssen auch Arbeitgeber\*innen Barrieren in den eigenen Köpfen überwinden.**

Viele Frauen können sich den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten und bleiben im gewalttätigen Umfeld

**SoVD fordert kostenfreie Plätze in Frauenhäusern**

**Fast 30.000 Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen wurden 2023 in Niedersachsen polizeilich registriert. Das sind rund elf Prozent mehr als 2022. Trotz dieser erschreckenden Zahlen ist die Situation der Betroffenen noch immer katastrophal. Darauf macht der SoVD in Niedersachsen anlässlich des „Internationalen Tags gegen Gewalt gegen Frauen“ am 25. November aufmerksam. Zentrale Kritik übt er dabei an der völlig unterschiedlichen Finanzierung von Frauenhäusern in Niedersachsen.**



Foto: lev dolgachov / Adobe Stock

**Die Zahl der Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ist auch in Niedersachsen dramatisch hoch.**

Die Lage für von Gewalt betroffene Frauen ist dramatisch: Bundesweit fehlen etwa 13.300 Plätze in Frauenhäusern. Im vergangenen Jahr hat nur jede dritte Frau in der Nähe ihres Wohnorts Schutz in einer entsprechenden Einrichtung gefunden. Das geht aus einer Statistik des Vereins Frauenhauskoordinierung. e.V. hervor. „Die Zahlen machen deutlich, wie dramatisch die Lage ist. Vor allem zeigen sie, dass es in vielen Fällen vom Geldbeutel der Betroffenen abhängt, ob sie sich einen Platz im Frauenhaus leisten können oder nicht“, erläutert Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik.

Denn: Laut Bericht musste im vergangenen Jahr jede vierte Frau ihren Aufenthalt im Frauenhaus teilweise oder sogar vollständig selbst bezahlen.

„Es ist ein Unding, dass gerade diejenigen, die dringend auf den Schutz angewiesen sind, schauen müssen, ob sie den Platz in der Einrichtung zahlen können. Besonders ungerecht ist, dass die Beträge variieren. Je nach Region können sie zwischen 10 und 150 pro Tag und Person liegen“, sagt Krämer und ergänzt: „Als Folge können sich das Frauen nicht leisten und müssen im gewalttätigen Umfeld bleiben. Das darf nicht sein.“ Hintergrund der unterschiedli-

chen Zuzahlungsbeträge sind die regional uneinheitlichen Finanzierungen der Frauenhäuser in Niedersachsen. „Wir fordern von der Landesregierung deshalb endlich ein einheitliches Finanzierungskonzept, damit alle Einrichtungen entsprechend ausgestattet sind. Außerdem müssen die Plätze in Frauenhäusern und alle Beratungsleistungen für die Betroffenen kostenlos sein“, betont das Verbandsratsmitglied. Frauen und ihre Kinder, seien durch die Gewalterfahrungen ohnehin traumatisiert. „Über Geld für einen sicheren Platz sollten sie sich als Letztes Gedanken machen müssen“, findet Krämer.